



Neues Positionspapier
„Digitalisierung und Einsatz Künstlicher Intelligenz – potentielle Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt“

Die ausführliche Fassung können Sie auf: www.wbu.de herunterladen oder fordern Sie diese in der Geschäftsstelle an unter Tel.: 089-2422860



Mitgliederzeitung Kompass · Wirtschaftsbeirat Bayern · Ausgabe 11/2017

IN DIESER AUSGABE: Positionen des WBU: „Erwartungen der Tourismuswirtschaft an die Politik – Forderungen für die Koalitionsverhandlungen“, *Robert Salzl* > Seite 5

IMPRESSUM: Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, www.wbu.de, info@wbu.de, Tel.: 089 2422860, Fax: 089-291518, **V.i.S.d.P.:** Dr. Johann Schachtner, **Redaktionsschluss:** 02.11.2017. Für die Inhalte der Leitartikel sind ausschließlich die Autoren verantwortlich. **Produktion/Anzeigen:** Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com/media

Deutschland nach der Wahl: Europa stabilisieren, Standort stärken, Zukunft sichern.

DEUTSCHLAND UND BAYERN – STARK WIE NIE

Wir leben in einer Welt im Wandel. Die großen Megatrends sind der demografische Wandel, die digitale Revolution, der Klimawandel, die Ressourcenfrage, die Urbanisierung und die Globalisierung. Politik muss diese Trends gestalten, damit wir unseren Wohlstand und unsere Art zu leben für die Zukunft sichern. Fakt ist: Deutschland gehört politisch, ökonomisch und sozial zu den großen Globalisierungsgewinnern. „Deutschlands goldenes Jahrzehnt“ titelt das Handelsblatt, „Aufschwung und kein Ende“ die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung verheißt „Rosige Zeiten“.



Horst Seehofer
Bayerischer Ministerpräsident

Deutschland gehört zu den fünf wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. Starke Industrie, starker Mittelstand, effizienter Arbeitsmarkt und ein geringes Ni-

veau an Ungleichheit – darum beneiden uns viele in aller Welt. Besonders stark ist Deutschland laut Global Competitiveness Report des Weltwirtschaftsforums bei Innovation, Technologiebereitschaft, Infrastruktur, Kartellrecht, Bildungsqualität und Forschungsausgaben.

Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Wachstumsprognose für 2017 von 1,5 auf 1,9 Prozent und für 2018 von 1,8 auf 2,0 Prozent angehoben. Die Investitionstätigkeit kommt in Gang, der Konsum bleibt

stark, wir sind wieder Exportweltmeister. Das schlägt sich in einem Rekordhoch von 45 Mio. Beschäftigten, Überschüssen in der Sozialversicherung und sprudelnden Steuereinnahmen nieder. Der Schuldenstand des Staates sinkt und soll bis 2019 wieder die 60-Prozent-Marke unterschreiten, die Budgetüberschüsse sollen bis 2019 auf 44 Mrd. Euro anwachsen.

„Zukunftstrends gestalten“

Diese Erfolge sind nicht vom Himmel gefallen. Sie gehen auf weitsichtige unternehmerische Entscheidungen, den Fleiß und das Können unserer Arbeitneh-

mer und etwas politische Schützenhilfe zurück. Fakt ist: Die neue Bundesregierung findet ein wohl bestelltes Haus vor und kann mutig die Zukunft gestalten. Wir müssen den Boomfaktor Optimismus verstetigen und die strukturellen Überschüsse für eine wachstumsfreundliche Politik nutzen.

DIE ZUKUNFT NICHT VERSPIELEN – EUROPA STABILISIEREN.

Bayern ist das Land im Herzen Europas. Wir Bayern tragen Europa im Herzen. Wir wollen die Europäische Union aktiv mitgestalten, denn wer Europa gut gestaltet, gestaltet eine gute Zukunft für die Menschen. Jetzt besteht die Chance, >> S. 2

RUND UM DIE UHR ONLINE SHOPPEN

Holen Sie sich die gewünschten Produkte gerne auch ganz bequem zu sich nach Hause:

Online-Shop: www.zoells.de

- ☐ Kaffeemaschinen
- ☐ Kaffeeautomaten
- ☐ Snackautomaten
- ☐ Getränkeautomaten



SNACKS, DRINKS UND VIELES MEHR!

Genießen Sie Ihre Lieblingsprodukte aus unseren Automaten in Ihrer Praxis, dem Büro oder Ihrer gesamten Firma – ganz bequem mit Auffüll- und Wartungsservice.

Wir beraten Sie gerne!

zoells.de GmbH
 Kapell-Leite 2
 90579 Langenzenn
 Tel: 09101 / 90 93 90





GÖBELLENZE
DIREKTMARKETING GMBH

Ihr Partner für Druck, Produktion und Versand klassischer Werbebriefe!

- ▶ Mailings
- ▶ Newsletter
- ▶ Postkarten

- ▶ Produktangebote
- ▶ Geschäftsberichte
- ▶ Kundenmagazine

- ▶ Seminareinladungen
- ▶ Messeeinladungen
- ▶ Geburtstagsgrüße

089 / 42 71 88 – 840 • info@goebel-lenze.de • www.goebel-lenze.de

Mitgliederzeitung Kompass · Ausgabe 11/2017 · www.wbu.de | Seite 1

gemeinsam mit Frankreich und allen Partnern in der EU die Weichen in den großen Zukunftsfragen zu stellen: Migration, Sicherheit, Wirtschaftsschafts- und Währungsunion, Freihandel, Klimaschutz. Diese Fragen kann kein Nationalstaat alleine lösen. Mein Credo: Mehr Europa im Großen, weniger Europa im Kleinen. Bayern steht für ein Europa der Eigenverantwortung, der Stabilität und der Subsidiarität.

Darum geht es bei der dauerhaften Stabilisierung der Euro-Zone. Die Einhaltung der Kriterien der EU-Verträge und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind der beste Schutz vor Krisen und

Voraussetzung für Vertrauen in die europäische Idee. Falls nötig, könnte der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden. Dieser könnte Staaten in Krisenzeiten unterstützen und ihre eigenständige Finanzierung durch geeignete Programme wiederherstellen. Wo die Schuldenlage nicht mehr tragfähig ist, soll eine geordnete Staateninsolvenz möglich sein, ebenso ein Austritt aus der Eurozone ohne Austritt aus der Europäischen Union.

Der Bankensektor muss weiter stabilisiert werden. Bayern unterstützt eine Stärkung der Einlagensicherung auf nationaler Ebene, auch durch einen Abbau der Risiken in den Bankbilanzen, eine vorrangige Haftung der Anteilseigner und Anleihegläubiger (bail-in) und eine deutliche Entzerrung der starken Abhängigkeiten zwischen Staaten und Banken. Dagegen sehe ich keinen Bedarf für ein zentrales Budget der Eurozone zur Förderung von Investitionen. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und der Europäische Fonds für Strategische Investitionen wurden bereits ausgebaut. Die Zinsen in der Eurozone sind

extrem niedrig. Investoren brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und Vertrauen in die Zukunft. Darum geht es!

Mehr Europa im Großen heißt auch: Die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit können wir Europäer nur gemeinsam bewältigen. Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die richtige Antwort auf die zahlreichen Krisenherde in aller Welt. Daher wollen wir das Zusammenwirken der Streitkräfte in einem starken europäischen Verteidigungsverbund ausbauen. Ziel der Entwicklung ist ein starker europäischer Pfeiler in der NATO.

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger muss auch im Innern höchste Priorität haben. Wir treten für die Freizügigkeit im Schengen-Raum ein, wollen aber Binnengrenzkontrollen aufrechterhalten, bis Europas Außengrenzen wirksam gegen Kriminalität und illegale Migration geschützt sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass die ungelösten Immigrationsfragen die Akzeptanz der europäischen Idee gefährden. Der Zusammenhalt Europas bleibt unser Auftrag! Deutschland verzeichnete 2016 eine Nettozuwanderung von 640.000 Menschen. Es geht nicht um Abschottung. Wir sind ein weltoffenes Land, dem europäischen Gedanken verpflichtet und leben vom internationalen Austausch. Deshalb setzen wir uns auch für eine gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften ein. Doch geordnete Verfahren setzen sichere Grenzen voraus.

Ein stabiles Europa braucht starke Kohäsion im Innern und klare Grenzen im Äußeren. Bayern lehnt eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei ab. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollten beendet werden. Dabei bleibt das langfristige Ziel einer engen Kooperation zwischen

der Europäischen Union und der Türkei sowie einer strategischen Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

„Britten bleiben Partner“

Bayern ist ein geschätzter Partner in aller Welt. Wir setzen auf gute Nachbarschaft und ehrliche Partnerschaft. Wir wollen Türen öffnen, wo andere diese zuschlagen. Das gilt für das transatlantische Verhältnis, welches eine tragende Säule unserer Sicherheit und unseres Wohlstandes bleibt. Das gilt für das künftige Verhältnis zum Vereinigten Königreich: Die Briten bleiben unser Partner – wir sollten miteinander den Blick nach vorne richten. Das gilt für das Verhältnis zu Russland. Sanktionen dürfen nicht zum Dauerzustand werden. Eine dauerhafte Friedensordnung für unseren Kontinent wird nicht gegen, sondern nur mit Russland gelingen.

DIE ZUKUNFT NICHT VERSPIELEN – STANDORT STÄRKEN.

Deutschland lebt nicht mehr auf Kosten seiner Kinder und Enkel. Wir haben nun auch im Bund zum vierten Mal in Folge ausgeglichene Haushalte erreicht. Das ist eine historische Trendwende hin zu Generationengerechtigkeit und fiskalischer Nachhaltigkeit. Die Warnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor einem gefährlichen Schuldenso in vielen Teilen der Welt bestätigen unseren Kurs verantwortungsvoller Stabilitätspolitik.

Deutschland muss der Stabilitätsanker Europas bleiben. Der bayerische Weg solider Finanzen setzt den Trend: Der allgemeine Staatshaushalt in Bayern kommt seit 2006 zum dreizehnten Mal in Folge ohne neue Schulden aus. Dabei stemmen wir 2018

fast 60 Mrd. Euro Zukunftsausgaben mit den klaren Schwerpunkten digitaler Aufbruch, Bildung, Sicherheit. Rekordwerte bei der Wohnraumförderung, der Städtebauförderung und im Straßenbau. Rekordstand mit 9,51 Mrd. Euro beim kommunalen Finanzausgleich. Wir steigern die Investitionen um 400 Mio. Euro auf 7,2 Mrd. Euro. Kurs Zukunft heißt: Personalausgaben stabil, Zinsausgaben runter, Investitionsquote rauf (12,1 Prozent). Bei all dem beschleunigen wir den Schuldenabbau: 2017/2018 werden wir 2 Mrd. Euro zurückzahlen. Seit 2012 werden wir dann insgesamt 5,6 Mrd. Euro Altschulden getilgt haben. Bayern wird das erste schuldenfreie Land. Wir vererben keine Schulden, sondern Chancen.

Leistung muss sich lohnen. Das schließt Steuererhöhungen aus und selbstredend eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder Verschärfung der Erbschaftsteuer. Vielmehr ist es an der Zeit, die hart arbeitenden Menschen am wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes zu beteiligen. Die Steuerzahler sollen vom höchsten Steueraufkommen aller Zeiten etwas zurückbekommen: schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlages, mehr Netto vom Brutto für Klein- und Mittelverdiener, Entlastung von Familien, Politik für das Eigentum, Initiativen für bezahlbaren Wohnraum.

„Bayerischer Weg solider Finanzen“

Bayern hält Maß bei der Grunderwerbsteuer. Bayern

setzt sich zudem für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für Wohneigentum als spürbaren Beitrag für bezahlbares Bauen und Wohnen ein. Bayern und Sachsen sind die einzigen Länder, die beim Grunderwerbsteuersatz von 3,5 Prozent geblieben sind. Andere Bundesländer haben die Steuer in Summe 26-mal erhöht, auf bis zu 6,5 Prozent! Fast eine Verdoppelung! Da sind Häuslebauer und junge Familien in Bayern besser dran.



Der Freistaat hat mit dem Wohnungspakt Bayern ein wuchtiges Maßnahmenpaket beschlossen. Bis 2019 investieren wir rund 2,6 Mrd. Euro in preisgünstigen Wohnraum. Wir brauchen mehr Wohnungsbau in unseren Ballungsräumen. Daher gilt es, Kostentreiber im Wohnungsbau zu beseitigen. Baurecht und Mietrecht dürfen keine Investitionsbremsen sein. Bei der Energieeinsparung ist mir innovative Gebäudetechnik lieber als weitere Vorschriften.

Zutrauen statt Misstrauen – unter diesem Motto setzt Bayern beim Bürokratieabbau Standards: Seit 2003 haben wir über 40 Prozent aller bayerischen Gesetze und Verordnungen gestrichen! Bayern hat heute die wenigsten Gesetze in Deutschland. Der Bürokratieabbau in Deutschland muss eine weiß-blaue Handschrift tragen: Bürokratie-TÜV und Paragraphenbremse, weniger Vorschriften, mehr Luft für Leistungsträger. Nicht der Staat schafft Zukunft, sondern die Bürgerinnen und Bürger.

DIE ZUKUNFT SICHERN – WACHSTUM UND WOHLSTAND FÜR MORGEN SCHAFFEN.

Selbstständige, Freiberufler und Unternehmer legen das Fundament für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Deutschland braucht eine neue Gründerkultur, die jungen Machern Mut macht. Bayern ist Gründerland. Wir schaffen digitale Gründerzentren in jedem Regierungsbezirk. Wir investieren in fünf Jahren 330 Mio. Euro zusätzlich in die Gründerförderung. Der Wachstumsfonds Bayern wird 250 Mio. Euro Wagniskapital mobilisieren. Das ist gutes Geld: 1 Euro hebt dort 7 bis 8 Euro an privaten Investitionen. Nicht Transfer sondern Turbo – das ist die Blaupause für eine neue Gründerzeit in Deutschland.

Dafür wollen wir die Chancen der digitalen Revolution nutzen. Wenn wir den Megatrend digitaler Wandel richtig anpacken, dann ernten wir in der Summe mehr Beschäftigung, mehr Chancen, mehr Lebensqualität – das sehen auch 75 Prozent der Deutschen so. Deshalb brauchen wir eine digitale Agenda für Deutschland. Bayern geht voran – wir wollen das Land Nr. 1 beim digitalen Aufbruch sein. Dafür investieren wir bis 2022 insgesamt 5,5 Milliarden Euro in die digitale Zukunft. Unsere Strategie BAYERN DIGITAL ist einmalig in Deutschland!

Wir schaffen die Gigabit-Infrastruktur von morgen – mit Glasfaserausbau, Beseitigung weißer Flecken im Mobilfunknetz, 40.000 WLAN-Hotspots und einer 5G-Forschungsinitiative für den Mobilfunk der Zukunft. Wir stärken die digitale Kompetenz unserer Jugend und Lehrkräfte – an allen Schulen, an Hochschulen und Universitäten. Wir investieren 2 Mrd. Euro in digitale Zukunftsprojekte. Auf Schlüsselfeldern wie Künstliche Intelligenz, Robotik, Autonomes Fahren und Digitale Medizin wollen wir führend sein. Mit dem „Zentrum Digitalisierung. Bayern“ und seinen 20 neuen Professuren bringen wir Wissenschaft nah an die Wertschöpfung. Dabei gilt: Jeder soll in der digitalen Welt sicher leben können. Bayern wird Hochburg bei IT-Sicherheit. Wir schaffen Vertrauen und eine positive Grundeinstellung gegenüber der digitalen Zukunft.

Die Zukunft wird in den Klassenzimmern und Laboren einer Nation entschieden. Die Erfolge bei bundesweiten Vergleichsstudien zeigen: Bayern ist das Bildungsland. Jeder dritte Euro fließt in die Bildung. Bayern investiert mit einem wichtigen Bildungspaket weiter kräftig in das „Fördern, Fordern, Forschen“. Wir schaffen rund 2.000 Stellen zusätz-

lich für Bayerns Schulen. Wir stärken die frühkindliche Bildung, die Inklusion, die Förderschulen. Wir stärken die Grund- und Mittelschulen und unsere Realschulen. Wir gestalten das bayerische Gymnasium neu und investieren in unsere beruflichen Schulen. Für Bildung begeistern – das bleibt bayerischer Qualitätsanspruch. In Bayern sind akademische und berufliche Bildung gleichwertig. Mit diesem Erfolgsrezept haben wir die Jugendarbeitslosigkeit besiegt. Wenn es um unsere Jugend geht, lassen wir nicht nach – daher unsere Zukunftsinitiative Berufliche Bildung: Wir heben den Meisterbonus auf 1.500 Euro an, fördern berufliche Aus- und Weiterbildungseinrichtungen sowie digitale Exzellenzzentren für berufliche Bildung. Wir stärken das duale System, auch über unseren „Pakt für berufliche Bildung“. Bayern hat über 60.000 Flüchtlinge in Ausbildung, Praktika oder Arbeit integriert. Bayern steht auch in Zukunft für beste Bildung.

Köpfe sind unser Kapital. Über 5 Mrd. Euro für unsere neun Universitäten, 17 Hochschulen für angewandte Wissenschaften und sechs Kunsthochschulen in Bayern rentieren über Spitzenleistungen in Forschung und Lehre sowie ein enorm breites Lehrangebot im ganzen Land. Wir bauen unsere bayerischen Hochschulen weiter kräftig aus: Universitätsklinikum Augsburg, Campus Straubing der TUM, Universität Nürnberg. Wir haben seit 2005 über 53.000 Studienplätze und 4.200 neue Stellen an den Hochschulen geschaffen. Wir haben die Zahl der Studienanfänger um 45 Prozent gesteigert, bei den MINT-Fächern sogar um 70 Prozent. Und das landesweit: 16 Standorte außerhalb der Unistädte – Innovationsmotoren für den ländlichen Raum von Mühldorf

über Pfarrkirchen bis Kronach, Neuburg oder Feuchtwangen. Nie gab es mehr Studenten an bayerischen Hochschulen, nie war mehr Zukunft.

Bayern investiert 3,2 Prozent seines BIP in Forschung und Entwicklung. Bis 2020 steigern wir uns auf 3,6 Prozent. Das 3-Prozent-Ziel bei Forschung und Entwicklung ist nun auch im Bund erreicht. Die USA sind überholt. Wir wollen in ganz Deutschland die F+E-Ausgaben auf 3,5 Prozent steigern. Dazu brauchen wir eine steuerliche Forschungsförderung und mehr Risikokapital. Bleiben wir neugierig auf morgen, fördern wir Zukunftstechnologien!

Miteinander werden wir Deutschland und Bayern auf Erfolgskurs halten. Dabei setze ich auf die Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern, auf Ihr unternehmerisches Vorbild, Ihren Leistungswillen, Ihren Pioniergeist. Zukunft ermöglichen – das ist eine Frage der Ordnung der Wirtschaft, aber auch eine Kulturfrage. Wir in Bayern wissen, was wir an unseren sozial verantwortlichen Unternehmerinnen und Unternehmern haben. Aktivieren statt alimentieren, Anreize statt Verbote, Privat vor Staat, die Symbiose von Ökologie und Ökonomie – unter diesen Prämissen gestaltet Bayern Politik. Das ist unser Auftrag, auch bei der Regierungsbildung in Berlin. Arbeiten wir dafür, dass Bayern in einer Welt im Wandel liebenswerte Heimat und bärenstarker Standort bleibt. Auf eine gute Zukunft Bayerns, Deutschlands und Europas!

„Digitale Agenda für Deutschland“

„Köpfe sind unser Kapital“

„Gründern Mut machen“


HORST SEEHOFER
BAYERISCHER
MINISTERPRÄSIDENT





Zeit für Wirtschaftspolitik

Liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats,

schon im Wahlkampf war die Wirtschaftspolitik kein großes Thema. Die Verhandlungen zur Regierungsbildung in Berlin deuten zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht darauf hin, dass sich daran was ändern wird. Man hat sich in den Sondierungsgesprächen auf das Ziel Vollbeschäftigung verständigt. Ein Ziel, das Bayern bereits erreicht hat. Wie aber wollen wir die Wirtschaft der Zukunft in Deutschland konkret gestalten? Welchen ordnungspolitischen Rahmen brauchen wir für die Energiepolitik? Wie stellen wir sicher, dass die Chancen der Digitalisierung nicht im Datenschutz stecken bleiben? Wie gehen wir mit neuen Konkurrenten wie Uber, Airbnb oder Fintecs um? Wie halten wir die Infrastruktur modern? Wie stellen wir eine hohe Investitions- und Innovationsdynamik in Deutschland sicher? Davon, wie wir diese Fragen beantworten, hängt die Zukunft unseres Landes auch in Fragen des Klimaschutzes, in Fragen der persönlichen Chancen und Perspektiven, in Fra-

gen der Sozialen Sicherheit, in Fragen des Wohlstands und der Lebensqualität ab. Es wird Zeit, die Wirtschaftspolitik stärker in den Fokus des künftigen Regierungsprogramms zu stellen. Wie sieht der Ordnungsrahmen für das 21. Jahrhundert aus, darum muss es jetzt gehen.

Ebenso wichtig ist die Frage, welche Folgen die Pläne zur Klimapolitik für die Wirtschaft haben. Machen wir Klimapolitik ohne die Wirtschaft, oder verfolgen wir die Klimapolitik mit der Wirtschaft und versuchen eine wettbewerbsfähige Industrie zu erhalten – das wird die zentrale politische Streitfrage dieser Legislaturperiode sein.

Deutschland wird seine Klimaschutzziele von minus 40 Prozent bis 2020 nicht erreichen können. Gleichwohl strebt man für 2030 eine Reduktion um 55 Prozent und bis 2050 eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 80 bis 95 Prozent an. Weil man von den Klimazielen so weit weg ist, werden weitreichende Forderungen abgeleitet wie Abschaltung von 20 Kohlekraftwerken noch vor 2020 und möglichst entschädigungsfrei, Verbot von Verbrennungsmotoren, neue CO₂-Steuern und Mindestpreise für Emissionszertifikate.

Sind die Ziele richtig gesteckt? Deutschland geht mit seinen Klimaschutzziele deutlich über Ziele der EU hinaus. Ist das angebracht? Klimapolitik ist ein globales Thema. Selbst wenn Deutschland seine ehrgeizigen Ziele erreichen würde, trägt das zum weltweiten Klimaproblem gerade einmal 2,4 Prozent bei. Ist es gerechtfertigt, für einen

weltweit marginalen klimapolitischen Beitrag, die eigenen wirtschaftlichen Grundlagen zu riskieren? Warum setzt man nicht stärker darauf, CO₂-Emissionen in Schwellenländern wie China zu reduzieren. Hier sind die Einsparungen größer und günstiger zu erreichen.

Wir stehen zu den Klimazielen. Aber Verhältnismäßigkeit muss gewahrt bleiben. Es gilt, Kosten und ihren Nutzen abzuwägen. Wenn man feststellt, dass die Klimaziele zu ehrgeizig sind und ihre Kosten zu hoch sind, muss man auch bereit sein, die Ziele zu überdenken und auch zu verschieben. Rechtfertigen ehrgeizige Klimaschutzziele das Risiko einer Deindustrialisierung? Welche Perspektiven bieten wir den Beschäftigten z. B. in der Automobilindustrie, deren Arbeitsplätze wegfallen? Wie wollen wir Versorgungssicherheit erhalten, wenn wir die Kohlekraftwerke abschalten? Wie wollen wir Investitionen in Deutschland gewinnen, wenn wir Energie durch EEG-Umlagen, CO₂-Steuern teurer und die Energieversorgung unsicherer machen? Wir verlieren dadurch an Wettbewerbsfähigkeit. Investitionen und Arbeitsplätze drohen verloren zu gehen.

Die Ziele sind das Eine, die Wege sie zu erreichen, sind das Andere. Die Vorschläge, die vorliegen, setzen auf Vorgaben von Quoten und Anteilen, Verbote und Mindestpreise. Als modernes staatswirtschaftliches Planungsbüro profiliert sich die Agora Energiewende. Sie definiert Quoten für Energieträger, Emissionsanteile für Branchen und wenn diese nicht erreicht werden, dann müsse der Preis so

gesetzt werden, dass sie erreicht werden. Man kann das auch Planwirtschaft nennen, marktwirtschaftliche Ordnungspolitik ist das nicht.

Politik soll Ziele vorgeben, wohlüberlegt. Die Wahl der Technologien, Instrumente und Wege soll sie aber den Entscheidungen der Unternehmen und Verbraucher überlassen. Durch Wettbewerb am Markt, gesteuert über den Preis, sorgt dies für beste gesellschaftliche Lösungen. Das ist das Credo der Sozialen Marktwirtschaft. Es wird Zeit in der Klimapolitik und in der Energiepolitik, staatlichen Interventionismus und Verbote sowie das bürokratische Dickicht aus Steuern, Abgaben und Ausnahmen durch einen konsistenten Ordnungsrahmen zu ersetzen. Ein effizientes ordnungspolitisches Modell für eine erfolgreiche und effiziente Klimapolitik existiert bereits, es ist der Emissionshandel. Er muss auf weitere Branchen als nur Energie ausgeweitet und europaweit umgesetzt werden. Mit ihm werden die Ziele allein schon durch die Vorgabe der Zahl der Zertifikate erreicht. Alle weiteren staatlichen Interventionen zum Klimaschutz erübrigen sich dann. Verbraucher und Unternehmer können dann selbst entscheiden, wie sie Klimaschutz umsetzen wollen. Statt staatlicher Verbote, Reglementierungen und Interventionen einen transparenten Ordnungsrahmen zu etablieren, das ist Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr **Dr. Johann Schachtner**
Generalsekretär

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder



- AISB, Marco Dahl, München
- Hans-Peter Pleitner, Rechtsanwalt, Augsburg
- Dr. Peter Deml, München
- Wolfram Benesch, Expandeers Global Network GmbH, München
- Fersadi, Semir Fersadi, Rosenheim

- K. Group GmbH, Dr. Wolfgang Schmitz, München
- Franz Bihler, Augsburg
- Michael Grabmeier, Rosenheim
- Hubert-Reh, Vingerhoets, Heubusch Z/V/D/G Steuerberatungs GbR, Manuela Heubusch, Rosenheim





Erwartungen der Tourismuswirtschaft an die Politik – Forderungen für die Koalitionsverhandlungen

Die Tourismuswirtschaft beschäftigt in Bayern mehr als 500.000 Menschen. Mit deutlich über 15 Mrd. Euro Umsatz ist die Tourismusindustrie damit so bedeutend wie die Automobilbranche, die Gesundheitswirtschaft oder der Maschinenbau. Andere Wirtschaftszweige, wie Handel, Handwerk oder Landwirtschaft sowie Dienstleister aller Art profitieren zusätzlich



Robert Salzl
Vorsitzender Ausschuss Tourismus

in zweiter Reihe erheblich von einer erfolgreichen Tourismuswirtschaft. Für den Erfolg spielen die von der Politik vorgegebenen Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle. Deshalb müssen jetzt bei den Koalitionsverhandlungen die dringendsten Themen berücksichtigt werden.

1) Beibehaltung der reduzierten Mehrwertsteuer bei Übernachtungen

Mit der reduzierten Mehrwertsteuer wurde die Wettbewerbssituation gegenüber den europäischen Nachbarn etwas gerechter. Als Folge wurde spürbar in die Betriebe und Mitarbeiter investiert. Das Preis-Leistungs-Verhältnis wurde verbessert. Die positiven Kommentare der Gäste sind gestiegen. Nie war Bayern bei in- wie ausländischen Gästen so beliebt wie heute. Die politische Entscheidung im Jahr 2010 war richtig und hat sich bewährt. Deshalb muss der Forderung einzelner Parteien, diese Mehrwertsteuerreduzierung wieder rückgängig zu machen, standhaft begegnet werden.

2) Einheitliche Reduzierung der Mehrwertsteuer auch für die Gastronomie

Bei der Entscheidung für ein Ur-

laubsland achten Touristen auch auf die Kosten für das Essen und Trinken. In den allermeisten europäischen Ländern ist der Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie ebenfalls reduziert. Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen. Der vielfach beklagten Verödung der Innenstädte und dem

Wirtshaussterben ließe sich auch damit entgegen wirken, dass den Gaststätten die gleiche reduzierte Mehrwertsteuer gewährt wird, wie Fast Food Ketten und Imbiss-Buden.

3) Anpassung des Arbeitszeitgesetzes an die Lebens- und Unternehmenswirklichkeit

Im Interesse der Gäste und der Mitarbeiter muss die fixe tägliche Arbeitszeit durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzt werden, wie es die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorgibt. Dies erlaubt eine im Tourismus allgemein dringend nötige Flexibilisierung. Es geht nicht um mehr Arbeit, sondern um eine bessere Verteilung. Mindestruhezeiten bleiben unangetastet. Gesundheitsschutz und Jugendarbeitsschutz selbstverständlich auch.

4) Mindestlohn – die gesetzliche Regelung braucht inhaltliche Korrekturen

Tarifpolitische und wettbewerbsabhängige Gehaltsthemen sollten nicht durch Gesetz, sondern allenfalls von der Mindestlohnkommission geregelt werden. Vor allem das Gastgewerbe ist vom Mindestlohn betroffen. Die Verteuerung einfacher Arbeit kostet Jobs und führt mittelfristig zu Unternehmenspleiten.

Die Arbeitgeber-Haftung für Mindestlohnverstöße von Fremdfirmen ist praxisfremd. Die detaillierte Aufzeichnungspflicht ist zu bürokratisch und sollte reduziert werden. Lohnbestandteile, die das Einkommen erhöhen, bzw. Lebenshaltungskosten verringern („Kost und Logis“), müssen bei der Festlegung eines Mindestlohns angerechnet werden können.

5) Visavergabe vereinfachen und beschleunigen

Ohne die Sicherheit zu gefährden, könnte man über eine IT-gestützte Antragstellung die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Die Visavergabe für die Einreise nach Deutschland ist generell langwierig und kompliziert und führt dazu, dass Gäste z.B. aus China lieber in andere europäische Länder reisen.

6) Mobilität fördern durch Infrastrukturverbesserungen

Die Infrastruktur eines Landes und die unkomplizierte, schnelle Erreichbarkeit der verschiedenen Ziele tragen wesentlich zum Erfolg der Tourismuswirtschaft bei. Eine zeitgemäße Vernetzung aller Verkehrsträger und die Beseitigung von Engpässen zu Lande, zu Wasser und in der Luft beeinflussen die Entscheidung, welche Region von dem reisenden Gast angesteuert wird.

Wegen der z.T. sehr langen Vorlaufzeiten müssen jetzt flächendeckende und standardisierte Systeme für die zunehmende E-Mobilität sowie Land- und Startplätze, z.B. für Passagierdrohnen, vorangebracht werden.

7) Fachkräftemangel beseitigen

Ausbildende Unternehmen müssen besser und pragmatischer unterstützt werden, die Arbeitsagenturen müssen sich um branchennahe Angebote kümmern und die Politik muss Qualitätsoffensiven für Berufe

mit Personalmangel fördern. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive können in der Tourismuswirtschaft relativ schnell Arbeit finden, wenn der bürokratische Aufwand begrenzt bleibt und die Politik für eine frühzeitige Sprachvermittlung sowie für Erleichterungen und Unterstützung beim Einstieg in die Ausbildung sorgt.

8) Sicherheit an die erste Stelle setzen

Sicherheit in einem Land ist den Reisenden besonders wichtig. Deshalb muss alles getan werden, feindliche Attacken – von wem auch immer – zu vermeiden und dagegen anzugehen, dass Ansammlungen von sich scheinbar unkontrolliert aufhaltenden oder geduldeten Gruppen von ungeklärter Herkunft und ungesetzliches Handeln (Drogen, Prostitution etc.) in der Nähe von Hotels und anderen von Touristen gerne aufgesuchten Plätzen verhindert werden.

Die hier aufgezeigten Themen und Forderungen sind nur ein Teil aus dem Forderungskatalog, den wir vom Tourismusausschuss zusammengetragen haben. Hinzu kommen der generelle Bürokratieabbau, die Förderung bei dem großen Thema Digitalisierung, eine die Unternehmen weniger belastende Energiepolitik und eine Umweltpolitik, die die Natur schont und dennoch den Freiraum lässt, vernünftige Tourismusprojekte zu fördern und Modernisierungen zu ermöglichen. Dies schließt eine Steuerpolitik mit ein, in der Start-ups genauso wie die Übergabe von Unternehmen an die nächste Generation ohne Substanzverlust unterstützt werden.

ROBERT SALZL
VORSITZENDER AUSSCHUSS
TOURISMUS





4. Oktober – Bezirk Ingolstadt: Eduard Kastner

„Aktuelle Entwicklungen und anstehende Projekte der Stadt Ingolstadt“, unter diesem Titel diskutierte Dr. Christian Lösel, Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, mit den Mitgliedern und Gästen des Wirtschaftsbeirats sehr offen und konkret über Hintergründe und Perspektiven der zentralen Projekte für ein weiterhin dynamisches Ingolstadt.
Foto v.l.n.r.: Eduard Kastner, Dr. Christian Lösel



5. Oktober – Bezirk Oberland: Kornelia Kneissl und Anton Stetter

Professor Hans-Werner Sinn stellte im Hotel Das Tegernsee unter der Überschrift „Deutschland und Europa nach den Wahlen“ seine gewohnt scharfe Analyse des Zustands Europas vor und skizzierte in 15 Thesen, wie die Rettung Europas gelingen könne. Beim anschließenden geselligen Beisammensein mit Buffet auf Einladung des Hotels „Das Tegernsee“ wurden die angeregten Gespräche fortgeführt.



Foto v.l.n.r.: Dr. Johann Schachtner, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Kornelia Kneissl, Anton Stetter, Alexander Radwan MdB

6. Oktober – Bezirk Weiden/Nordoberpfalz: Helmut Hör

Ein besonderer Höhepunkt des 5. Kongresses „Führen mit christlichen Werten“ im Kloster Speinshart am 6. Oktober 2017 war das Gespräch mit dem Apostolischen Nuntius von Deutschland, Erzbischof Dr. Nikola Eterovic, moderiert von Prof. Mödinger. Thomas Völkl gab interessante Einblicke in die praktischen Erfahrungen. Zahlreiche Gäste waren begeistert von den Antworten auf ihre Fragen zum Thema Unternehmenskultur. Der 6. Kongress folgt am 30. April 2018.



Foto v.l.n.r.: Leonhard Zintl (MU TIR), Helmut Hör (WBU Nordoberpfalz), Erzbischof Dr. Nikola Eterovic (Apostolischer Nuntius von Deutschland), Dr. Johann Schachtner, Thomas Völkl (Gesundheitstrainer), Prof. Dr. Wilfried Mödinger (Institute of Sustainable Leadership Steinbeis University Berlin)

9. Oktober – Ausschuss für Sport: Tobias Barnerssoi

Zu seiner Premiere setzte Tobias Barnerssoi das Thema „Die Leistungssportreform vor dem Scheitern? Was ist uns Spitzensport in Deutschland wert?“ auf die Tagesordnung. Nach einer faszinierenden Einlage junger Turnerinnen erörterten die Podiumsteilnehmer konkrete Eckpunkte für einen zukunftsfähigen Leistungssport in Deutschland. Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren Alfons Hörmann, Präsident Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB), Dr. Florian Herrmann MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Tobias Angerer, ehemaliger deutscher Skilangläufer, WM- und Olympia-Silbermedaillengewinner, Gesamtweltcup-Sieger und Sieger der Tour de Ski, und Hannah Krüger, Hockeyspielerin, Olympia-Bronzemedaille Rio 2016.



Foto (GG) v.l.n.r.: Florian Herrmann MdL, Tobias Angerer, Hannah Krüger, Tobias Barnerssoi, Alfons Hörmann, Dr. Johann Schachtner

11. Oktober – Ausschuss Umweltpolitik: Dr. Willi Kleine

Die Niederlassung des Deutschen Wetterdienstes in München hatte den Wirtschaftsbeirat zu einem Vortrag von Lothar Bock, meteorologischer Gutachter, zum Thema „Mehr Hochwasser und Starkregen durch den Klimawandel – was wissen wir wirklich?“ eingeladen. Die Teilnehmer konnten in einer Führung Einblick in die Arbeit des Wetterdienstes nehmen.

Foto (GG) v.l.n.r.: Lothar Bock, Dr. Willi Kleine



12. Oktober – Ausschuss Gesundheitswirtschaft: Dr. Johannes Zwick

Die Digitalisierung erfasst alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft, auch die Gesundheitswirtschaft. Unter der Überschrift „Digitalisierung in der Gesundheitswirtschaft“ führte Martin Müller, Redakteur Wirtschaft beim Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL, sehr anschaulich aus, mit welchen Veränderungen im Gesundheitswesen zu rechnen ist.

Foto (GG) v.l.n.r.: Dr. Johann Schachtner, Martin U. Müller, Dr. Johannes Zwick



16.-17. Oktober – Forum Brüssel: Prof. Dr. Angelika Niebler

Schwerpunkt des Europapolitischen Dialogprogramms war die Zukunft Europas im Kontext von Brexit und Junckers Szenarien. Frau Prof. Niebler forderte u.a. im Gespräch mit Günther Oettinger von der Europäischen Kommission, jetzt über die Zukunft Europas durch





eine Renaissance des Subsidiaritätsprinzips zu reden. An der Delegationsreise nahmen knapp 40 Mitglieder des Wirtschaftsbeirats teil.

23. Oktober – Bezirk Augsburg/Nordschwaben: Dr. Georg Haindl

Das Thema Digitalisierung stand auch im Fokus der gemeinsamen Zukunftskonferenz „Der Wandel durch Digitalisierung und die neue Nachhaltigkeit“ des Bezirks Augsburg/Nordschwaben des Wirtschaftsbeirates Bayern und des Landesverbandes Baden-Württemberg des Wirtschaftsrates Deutschland in Ulm 2017. Von bayerischer Seite trat Staatssekretär Johannes Hintersberger MdL, an. *Foto (Wirtschaftsrat): Staatssekretär Johannes Hintersberger, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration*



24. Oktober – Bezirk Jurakreis: Gerd Ortner, Ausschuss Mittelstand: Alexander Lerch

Die gemeinsame Veranstaltung des Ausschusses Mittelstandspolitik mit dem Bezirk Jurakreis in München zum Thema „Die Zukunft des Geldes“ fand außerordentlich hohe Resonanz. Sandra Kühner, Exe-

cutive Director, UBS Switzerland AG, Zürich, führte kompetent und detailliert die Chancen und die Grenzen neuer Technologien wie Blockchain im Geldwesen aus.



Foto (GG) v.l.n.r.: Dr. Johann Schachtner, Alexander Lerch, Sandra Kühner, Gerd Ortner

2. November – Bezirk Weiden/Nordoberpfalz: Helmut Hör

Das traditionelle Kamingespräch des Bezirks Weiden/Nordoberpfalz in Altenstadt an der Waldnaab stand heuer unter dem Motto „Nordoberpfalz im digitalen Wandel“. Reiner Meier, MdB (CSU), Albert Rupprecht, MdB (CSU), Uli Grötsch, MdB (SPD), Tobias Reiß, MdL (CSU), Petra Dettenhöfer, MdL (CSU), Annette Karl, MdL (SPD), standen den Teilnehmern offen Rede und Antwort. Fragen der Wirtschaftsförderung stehen ebenso im Mittelpunkt wie Infrastrukturprojekte und Themen aus dem Bildungsbereich. Wie lässt sich der digitale Wandel in der nördlichen Oberpfalz positiv gestalten? Die Teilnehmer konnten den Politikern dazu konkrete Anregungen mitgeben.



Foto v.l.n.r.: Dr. Johann Schachtner, Tobias Reiß, Annette Karl, Helmut Hör

Terminvorschau



Weitere Termine und Informationen finden Sie auf unserer Homepage: www.wbu.de



NEU
27. November, Hausham/Schliersee
Bezirk Oberland: Dr. Florian Herrmann, MdL, „Innere Sicherheit in herausfordernden Zeiten: Zwischen Cyberkriminalität, Katastrophenschutz und Integrationsaufgaben“

28. November, München
Ausschuss Umweltpolitik: Dr. Susanne Kadner, Wissenschaftliche Referentin Technologien, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, „Vermeidung des Klimawandels – Beiträge der Circular Economy“

29. November, Beilngries
Der Termin des Bezirks Jurakreis für ein Kamingespräch wird **verschoben auf 1. März 2018**

12. Dezember, München
Ausschuss Wehrtechnik: Botschafter Wolfgang Ischinger, Geschäftsführer Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz (gemeinnützige) GmbH, „Zukunftsfragen deutscher und europäischer Sicherheitspolitik“

NEU
14. Dezember, München
Ausschuss Verkehrspolitik: Felix Kybart, Leiter alternative Antriebe bei MAN Truck and Bus AG, „Zukunft des Diesels/Verbrenners und die Entwicklung der E-Mobilität im Nutzfahrzeugbereich“

20. Dezember, München
Junger Wirtschaftsbeirat: Weihnachtstreffen

2018
18. Januar, Ort noch offen
Bezirk Bayreuth/Kulmbach: Ministerialrat Michael Gotschlich, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

31. Januar, Passau
Bezirk Passau: Kamingespräch mit Dr. Marcel Huber, MdL, Bayerischer Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei

NEU
6. Februar, München
Ausschuss Mittelstandspolitik: Dr. Jürgen Gros, Präsident Genossenschaftsverband Bayern, „Mittelstandsfinanzierung“

NEU
8. Februar, München
Ausschuss Umweltpolitik: Ulrike Scharf, MdL, Bayerische Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, „Klimawandel“

NEU
1. März, Beilngries
Bezirk Jurakreis: Kamingespräch mit Dr. Jürgen Helmes, Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg für Oberpfalz und Kelheim, „Die IHK – Im Spannungsfeld zwischen hoheitlichem Auftrag, Unternehmensservice und politischer Interessensvertretung“

NEU
29. Juni, Frauenwörth
Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein: Frauenwörther Gespräche



GLÄNZENDE AUSSICHTEN FÜR DIE ZUKUNFT. UND DIE IHRER KINDER UND ENKEL.

INVESTIEREN SIE IN GOLD: FÜR EINE RENTABLE
UND WERTBESTÄNDIGE KAPITALANLAGE.

IHR KOMPETENZZENTRUM FÜR EDELMETALLE:

pro aurum KG
Joseph-Wild-Str. 12 | 81829 München
+49 (89) 444 584 - 0 | info@proaurum.de
www.proaurum.de | www.proaurum-newsroom.de

Infos über aktuelle Veranstaltungen rund um das Thema Edelmetalle
finden Sie unter www.proaurum.de/veranstaltungen

